FDP Maintal

STREIKS SIND EINE ZUMUTUNG FÜR ELTERN

16.04.2015

TARIFFORDERUNGEN DER ERZIEHER GEFÄHRDEN MAINTALER HAUSHALT

„Was Piloten und Lokführer für Passagiere sind, sind die Erzieher für die Maintaler Eltern.“ kommentiert der FDP-Bürgermeister Kandidat Klaus Gerhard die erneuten Streikaufrufe der Gewerkschaft ver.di, die auch bald auf Erzieher und Erzieherinnen in Maintal zutreffen können. Die Eltern könnten sich derzeit nicht mehr darauf verlassen, dass ihre Kinder in den Kitas betreut werden. Dies bedeutet ständiges Improvisieren und Zwangsurlaub, wenn keine alternative Betreuung gefunden wird. „Bei allem Verständnis für das Streikrecht ist dies eine unhaltbare Situation!“ fordert er die Gewerkschaften zur Mäßigung auf. Dies gelte erst recht für die angekündigten unbefristeten Streiks.

Aber auch inhaltlich hält der FDP-Bürgermeisterkandidat die Forderungen der Gewerkschaften für untragbar. „Wenn die Gewerkschaft eine höhere Eingruppierung der Erzieher fordert klingt das ganz unscheinbar, bedeutet aber faktisch eine Gehaltserhöhung von zehn Prozent, bei einer Inflationsrate von unter 1 %.“ macht Klaus Gerhard deutlich. Für Maintal würde dies bei bisherigen Personalkosten von rund 10 Mio. Euro mal eben eine Mio. Euro Mehrbelastung bedeuten, so die Rechnung des Freidemokraten. „Um das zu kompensieren müssten wir die Kita-Gebühren um 50 Prozent, oder nochmals die Grundsteuer um weitere 80 Punkte erhöhen.“ folgert Klaus Gerhard und stellt zugleich fest: „Dies ist nicht zumutbar, daher fordere ich die Gewerkschaften auf, ihre weit überzogenen Forderungen zurückzunehmen.“

Zugleich sorgt sich Klaus Gerhard darum, dass die Bundes- und Landespolitik mal wieder die Kommunen im Stich lassen. „Es ist ein absolutes Unding, dass die Bundesfamilienministerin Schwesig (SPD) Verständnis für die ausufernden Forderungen der Gewerkschaften zeigt.“ so der FDP-Bürgermeisterkandidat. Manuela Schwesig hatte

Abgerufen am 24.11.2026 unter https://fdp-maintal.de/?p=286

erklärt, dass sie ganz klar auf der Seite der Erzieherinnen und Erzieher stehe. „Damit fällt sie als Verantwortliche und Regierungsmitglied der kommunalen Verhandlungsdelegation in den Rücken!“ weist Klaus Gerhard diese Aussage zurück und fordert die örtlichen Sozialdemokraten auf, dies ebenfalls zu tun. Schließlich würden die Gewerkschaften mit einem derartigen Kronzeugen die kommunalen Arbeitgeber massiv unter Druck setzen können. Abschließend stellt er fest: „Es kann nicht sein, dass die Sozialdemokraten auf Bundesebene soziale Wohltaten versprechen und die Bürger in Maintal mit ihren kommunalen Steuern und Gebühren dieses dann ausbaden müssen.“

Abgerufen am 24.11.2026 unter https://fdp-maintal.de/?p=286